

Saale-Zeitung

(Der Bote für das Saalkthal.)

Wien und Magdeburg, Freitag den 3. Januar 1890.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch
die Post 3 M., monatlich 2 M.,
einmalig 1 M.,
ohne Postgebühren.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Für die Redaktion verantwortlich
J. D. Otto Wendt in Halle.
[Fernsprechverbindung mit Berlin und Leipzig.]
Verlags-Nr. 176.

Anzeigen
werden die Spalte für oder deren Raum
mit 20 Pfg. folge aus Halle mit
10 Pfg. berechnet und in der Expedition,
von untern Umhüllungen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Bekanntlich die Zeit 60 Pfg.
Erscheint täglich
mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nur
mit voller Quellenangabe gestattet.]

Nr. 2.

Halle a. d. Saale, Freitag den 3. Januar

1890.

Bestellungen

auf die Saale-Zeitung für das laufende Viertel-
jahr werden von allen Reichspostanstalten, in Halle von
der unterzeichneten Expedition und den bekannten Aus-
gabestellen, unangefordert angenommen. Die Expedition.

Das Ende des Eberfelder Prozesses.

Es wäre eine interessante Aufgabe, die politischen Prozesse
des abgelaufenen Jahres zum Gegenstande einer ver-
gleichenden Studie zu machen. Wir haben deren nicht wenige
und nicht wenig erasmische erlebt: Der Urteilspruch im
Geffen-Prozesse fällt in das Jahr 1889; die Verfolgung zahl-
reicher Prozeduren wegen Mißbrauches einzelner Stellen aus
dem Tagebuch des Kaiserlich Friedrich, das langwierige Verfahren
gegen die Volks-Zeitung, die Anklagen gegen die Ver-
öffentlichung einer in Dypreuten erscheinenden Zeitung wegen
eines Artikels, der dem süddeutschen Blatte, dem er ent-
nommen war, eine Freisprechung eintrug — alle diese Vor-
gänge sind in buntem Wechsel an uns vorübergezogen, ohne
uns übrigens zu erfreuen; und wir wollen hoffen und wünschen,
das neue Jahr möge in dieser Beziehung seinem davor-
gegangenen Vorgänger nicht gleichen.

Nun hat auch der — einflussreiche — letzte Geheimbündel-
prozeß vor dem eberfelder Gerichtshof sein Ende erreicht.
Einige Angeklagte haben Gefängnisstrafen von 1 1/2 Jahren
bis zu 14 Tagen erhalten; 43 Angeklagte aber, darunter
Webel, Crillinger, Schumacher, sind freigesprochen
worden. Der erste Eindruck, den wir im Angesicht dieses
Urteilspruches empfangen haben, läßt sich wohl am besten
in die Worte zusammenfassen: Ein großer Aufwand umsonst
ward verthan. Vorklagen haben die Verhandlungen genährt,
eine große Anzahl von Menschen ward in Untersuchungshaft
gehalten, endlich war der Klumpfuß der Jünger, der Staats-
kasse wurden beträchtliche Kosten aufgebürdet, und das zunächst
in die Augen springende Resultat dieses gewaltigen Aufgebotes
ist die Freisprechung von 43 Angeklagten.

Die juristische Seite der Angelegenheit entzieht sich ein-
schließen der Diskussion. Der Ausgang aus der Begründung
des Urteils, welchen die „Eberf. Ztg.“ durch ein Extrablatt
mittheilt, enthält nur eine Feststellung von allgemeinem
Interesse: Das Gericht hat nicht die volle Ueberzeugung er-
langt, daß in Deutschland eine allgemeine Verbindung besteht,
welche den sozialdemokratischen Reichstagsfractionen geleitet
wird. Schwere Verdachtsmomente sollen dafür sprechen, aber
der Gerichtshof begnügt sich nach dieser Richtung mit einem
non liquet. Wenn ferner gesagt ist, daß sie sich über ganz
Deutschland erhellende Verbindung vieler Personen mit der
Zeitung des „Sozialdemokrat“ zum Zwecke der Verbreitung
dieses Blattes und anderer verdorbenen Druckschriften bezieht,
so ist damit etwas Neues unbekannt verknüpft wie mit der
Feststellung lokaler Verbindungen in den Schwesterstädten
Barmen-Eberfeld. Die Verbreitung verdorbenen Druckschriften,
das Sammeln von Geldmitteln zu Parteizwecken, die Ver-
anftaltung von Ausflügen, Versammlungen und Gedicht-
wahlen, das alles sind Dinge, denen erst durch das Sozialisten-
gesetz der Stempel der Strafbarkeit aufgedrückt worden ist;
bestände dieses Gesetz nicht, so würden die Jünglinge in
voller Deftigkeit verbreitet, die Gelder würden nicht un-
geheim gesammelt und wir bräuchten keine Geheimbund-
zeits. Nur in Deutschland sind diese Dinge verboten, und die Frage
liegt nahe, ob denn wirklich derartige in Wirklichkeit da-
stehendes Vaterland genügt ist, derartige mechanische Mittel
anzuwenden im Kampfe gegen Ideen.

Denn — man muß sich darüber seiner Illusion hingeben —
die sozialdemokratischen Ideen sind es, die hier vor Gericht
gestellt werden; was zur Verbreitung dieser Ideen von sozial-
demokratischer Seite geschieht, das unterwirft sich kaum
wesentlich von der auch bei anderen politischen Parteien ge-
bräuchlichen Praxis; nur ist, was sonst bei Sonntagsfesten
vorgibt, hier in nächstiges Dunkel zurückgedrängt worden. Diese
Ideen nun bekämpfen auch wir mit aller Entschiedenheit, aber
wir glauben nicht, daß dieser Kampf bei der jetzt beliebten
Zeitlich steigend sein wird. Einen geschäftlichen inneren Gegner
vermisst man nicht dadurch, daß man ihn von der Oberfläche
in die Tiefe drängt, wie man eine Straußenteich nicht brechen
würde, wenn man die schillernen Säute ins Blut zu treiben
vermöchte.

Was wird das Resultat des eberfelder Sozialistenprozesses
sein? Ein einziger Angeklagter, der Konbitor fünde, ist über
ein Jahr ungeschädlich gemacht, die übrigen werden in aller-
frühesten Frist wieder in der Agitation stehen, vorzüglich,
aber auch verdrillter als zuvor, und in den Augen ihrer
Parteigenossen umkleidet von der Gloriole des Märtyr-
tums. Die Agitation wird ihren ungehinderten Fortgang
nehmen, denn gerade der letzte Prozeß hat es bewiesen, in wie
hohem Maße die Familien der Sozialdemokraten in die
Parteiorganisation verwickelt sind; Frauen und Kinder werden
in zahlreichem Maße an die Seite der geschäftlich eingezogenen
Familienmitglieder treten, und wenn das Parteimittelstufen
noch weitere Fortschritte machen sollte, so wäre das sicherlich
sein entscheidendes Ergebnis.

Die 43 Freigesprochenen aber, unter denen sich der be-
deutendste Parteiführer Webel befindet, sie werden Bindungs-
zwecken und laute Klänge erheben über das ihnen angelegte Un-
recht, sie werden triumphieren über das Vergehen des riesigen
Apparates, und sie werden hinweisen auf das Urteil des
Gerichtspräsidenten über gewisse Polizeimeasuren und auf
das Wort des Staatsanwalts, der zu dem reinigen Demun-
stanten Weber sprach: „Sie haben durch Ihre schwankeuden

Ansagen die Polizei von Eberfeld, ja, der ganzen Monarchie
blödsüchtig! Und für die demnach beginnende Wahl-
bewegung wird die sozialdemokratische Partei einen neuen,
namentlich auf beschränkte Umtrieben von unklarer Pans-
sicht außerordentlich wirksamen Agitationsstoff gewonnen
haben.

Auf der einen Seite also ein kaum nennenswerter Gewinn:
die kurzweilige Freiheitsverhandlung untergeordneter Agitatoren;
auf der andern Seite eine sehr beträchtliche Einbuße an dem
Ansehen der Polizei und eine abermalige Stärkung der sozial-
demokratischen Propaganda; auch die Staatsregierung wird
am Ende einigermaßen erschröck vor der Bilanz des Eber-
felder Prozesses stehen.

Es fehlt nicht an Stimmen, die behaupten, die nächsten
Reichstagswahlen würden sich unter dem Zeichen des Sozialisten-
gesetzes vollziehen; wir haben nie recht an diese Möglichkeit
glaubt, und nach dem Ergebnis des eberfelder Prozesses
glauben wir noch weniger daran. Die Enthüllungen über den
Gebrauch von gelderwerbender u. s. w. sind wahrhaftig nicht
sonderlich schrecklicher Natur, und es müßte sehr selten zu-
gehen, sollte sich nochmals eine Angewandtheit gegen das rote
Gefährnis aufbringen lassen. Wohl aber sollten sich die deutschen
Wähler die Lehren des neuesten Sozialistenprozesses recht
deutlich vor Augen führen. Der große Aufwand und die
geringfügigen Resultate dieser Geheimbundprozesse scheinen
uns die Würde unseres Vaterlandes in eminentem Maße
blödsüchtig, und jeder einzelne Wähler muß sich ernstlich
prüfen, ob er für fünf Jahre einen Vertreter wählt, der
einer Ansehensherabsetzung zustimmt, die nach eifrigem
Versehen zu solchen, für die treuesten Freunde der geltenden
Staats- und Gesellschaftsordnung tief betrübenden Folgen
führt.

Politische Uebersicht.

Nachdem im Durinal zu Rom am Montag abend
10 Uhr im Weisen auch des Kronprinzen anlässlich des
Jahreswechsels der Empfang der Mitglieder des diplomatischen
Corps und ihrer Gemahlinnen stattgefunden, wobei die
Dochter der Reichskaiserin und der Erbprinzenin und Königin
der Königin die Lehren des neuesten Sozialistenprozesses recht
deutlich vor Augen führen. Der große Aufwand und die
geringfügigen Resultate dieser Geheimbundprozesse scheinen
uns die Würde unseres Vaterlandes in eminentem Maße
blödsüchtig, und jeder einzelne Wähler muß sich ernstlich
prüfen, ob er für fünf Jahre einen Vertreter wählt, der
einer Ansehensherabsetzung zustimmt, die nach eifrigem
Versehen zu solchen, für die treuesten Freunde der geltenden
Staats- und Gesellschaftsordnung tief betrübenden Folgen
führt.

Es ist zu beklagen, daß die europäischen Verhältnisse einen
so großen Druck auf ein Land wie Italien ausüben, welches
nur befreit ist, in Frieden mit allen zu leben, und welches,
nachdem alle seine Bemühungen der Erlangung der Un-
abhängigkeit geahnt haben, jetzt die Nothwendigkeit fühlte, sich
gänzlich der wirtschaftlichen und sozialen Wiedergeburt zu
widmen. Es ist zu wünschen, daß dieser Zustand sich zum
Besten wenden möge. Das politische Drama, den er an diesem Tage
ausbrechen sollte, ist der das der Zustand der Dinge, was
Stellen gelangt ist, sich bereit stützte, daß bald der Tag
kommen möge, wo es möglich werde, die das Land bedrückenden
Opfer zu erleichtern. Die Regierung sei von der Pflicht durch-
drungen, alles zu thun, um diesen Tag möglichst bald
herbeizuführen; dieselbe habe die letzte Wächter, dies Ziel zu
erreichen.

Der Abgeordnete Pro. Scharbardo richtete aus dem Gefängnis
von Sassari ein neues selbstbewusstes Endangebot an den
König.

Bei dem in Pest stattgehabten Neujahrsempfange bei
dem in Ministerpräsidenten Tisza beauftragte derselbe in
seiner Antwort auf die ihm entgegengebrachten Glückwünsche
das feste Zusammenhalten der Tripartit-Alliance, welche den Frieden
Europas's sichern.

Ungar besonders habe den Frieden möglich, um die not-
wendigen Reformen in Eiderheit durchzuführen. Der Minister-
präsident erklärte ferner, er werde trotz aller gegen ihn
gerichteten ungerechtfertigten persönlichen Angriffe auf seinem
Wahrsinn beharren. Was während 15 Jahren geschehen und
welcher Unthaten in der heutigen Lage, welche in Italien im
Sommer, in der hierarchisch-ungarischen Monarchie, sowie im
Auslande gegen früher befehle, werde jedes unbefangene Urteil
konstatieren können. Die Verletzung des Gleichgewichts sei nicht
nur ein Verdienst der Regierung, sondern auch der Unwillig-
keit der Nation, und der liberalen Partei zu verdanken. Das
Compliment der Regierung werde in Italien davon
gerichtet sein, die notwendigen Reformen in durchzuführen,
daß das Gleichgewicht des Staatshaushalts nicht gestört werde.
Er habe das größte Vertrauen zu der nächsten Auflösung,
dem politischen Gehirne und der Gerechtigkeitssinne der
ungarischen Nation, welche die persönlichen Verleumdungen und
Angriffe eines in ihren Mitteln nicht widerlichen Minorität
zurückweisen werde. Es handle sich in erster Linie um den
Parlamentarismus, welcher die Basis der Freiheit der Ent-
wickelung Ungarns bilde, die unter allen Umständen verteidigt
werden müsse, weil es nicht gestattet werden dürfe, daß durch
den Untergang des parlamentarischen Prinzips die Tyrannie der
Minorität an dessen Stelle trete.

Aus Wien verlautet bestimmt, demnach werde eine Rund-
gebung der Krone in der deutsch-böhmischen Aus-
gleichsaktion erfolgen, und zwar in einem Handbuche
des Kaiser's an den Grafen Raaff. Nachträglich mag, nach
der Post, Raaff, verzeihen sein, daß der erste Schritt in der
Ausgleichsaktion, vom Grafen Raaff heranzuging, das des
Ministerpräsidenten dem Führer der Opposition, Grafen
Schottle und fragte, ob die Deutschen geneigt seien, auch in
Ausgleichsverhandlungen einzugehen.

Die altösterreichischen Blätter veröffentlichten ein Com-
munique, in welchem ausgeführt wird, daß nach dem Ergeb-
nisse der früheren Ausgleichsverhandlungen der erste Schritt zu
einer abermaligen Annäherung nicht von altösterreichischer Seite
hätte ausgehen können, ebensowenig hätte die Nationalpartei
mit Rücksicht auf ihre Traditionen, sowie auf die schwer-
wiegenden Rücksichten, welche bis in die jüngsten Tage
reichten, sich einer beizüglichen Einladung entziehen können.
Geneigt würden die Teilnehmer an den Beratungen sich
ihrer großen Aufgabe und der damit verbundenen Verantwort-
lichkeit, ebenso aber auch des ersten Momentes bewußt sein,
daß sie kein Mandat hätten, namens des Landtages zu
sprechen, welchem allein die Beendigung des Streites durch
eine Entscheidung zufiele.

In der Resolution, welche der Papst in dem Konfitorium
am 30. Dez. beschloß, sprach derselbe seine Verurteilung aus über
die Errichtung von katholischen Universitäten in Washington,
Ottawa und Freiburg. Um so größeren Schmerz verursachte
ihm Italien, wo, wie längst ein in öffentlichen Reden stehender
Mann erklärt habe, die Wächterhaft unaufrichtig die Kirche
und den Papst zu besänftigen trachteten. Das Papsttum habe
ein Recht auf die weltliche Macht, weil hierauf die Un-
abhängigkeit und die zur Ausübung der Pflichten notwendige
Freiheit beruhen. Das neue italienische Strafgesetzbuch und
das jüngst notierte Gesetz über die frommen Stiftungen und
Wohltätigkeitsanstalten seien eine Verletzung der Gerechtigkeit
und eine Verletzung der Kirche. Die Priester seien von der
Verwaltung der Wohltätigkeitsanstalten ausgeschlossen worden,
während die Frauen dazu zugelassen wurden. Man habe ge-
sagt, die Wohltätigkeit müsse von Laien geleitet werden, weil
sie dann besser aufgenommen werde. Die Angehörigen aber
schämten sich, außerhalb der Kirche christliche Wohltätigkeit
in Empfang zu nehmen, weil es anerkennen der Kirche keine
wahre Wohltätigkeit gäbe. — Nach weiteren Redungen in
der Papst in dem letzten geheimen Konfitorium 31 Erzbischof
und Bischöfe präsentirt und zwar 6 Spanier, 8 Italiener,
6 Russen, 3 Deutsche, 1 Dalmatiner, 6 Franzosen, 1 Belgier
und 1 Mexikaner.

Darunter befanden sich Anton Thoma, Erzbischof von
Wien; Anton Bern, Bischof von Tereopol; Peter Stojanoff,
Suffragan-Bischof von Belgrad; Philipp Ralic, Bischof von
Salonta (Dalmatien); Anton Silemann, Bischof von Gent;
Bernmann Dingelhoff, Bischof von Münster; Michael Rumpf,
Bischof von Belfort; Anton Anstötz, Bischof von Wien;
Franz Jacevich, Bischof von Lublin und Administrator der
Diözese Podlachien; Michael Wronobowst, Bischof von
Ploest.

Ferner theilte der Papst mehrere bereits durch Breve erfolgte
Ernennungen mit, darunter die des Mg. Piani zum
lateinischen Patriarchen von Jerusalem und des Mg. Walsh,
von London nach Toronto (Kanada) versetzt. Endlich hat der
Papst dem Patriarchen von Jerusalem das Pallium bewilligt
und den neu ernannten Kardinalen den Kardinalstrang ver-
liehen. — Die Petersburger „Neue Zeit“ berichtet die Er-
nennung der Bischöfe durch den Papst und konstatirt dessen
verpflichtende Geist.

Die Regierung sowie das russische Volk seien immer sehr
tolerant gegen den Katholizismus als Religion geneigt; die
russischen Katholiken genossen dieselbe Rechte wie die Pro-
testanten, die Methodisten, die Armenier und Gregorianer.
Dem Kaiser werde die Lösung der Woiwodschaften fideles
Verhältnis darbieten und als Beweis dienen, daß der Papst in
bestimmter Würdigkeit handelte, als er das Prinzip der Ein-
mischung der Gerechtigkeit in die Politik ablehnte.

Die Nachricht, daß Mr. Parnell, der Führer der
irischen Partei, demnach eine Rolle in einem Eberfeld-
prozesse spielen werde, hat in London wie in Dublin großes
Aufsehen erregt. Man wundert sich, daß Kapitän D'Esca
erst jetzt Schritte gegen seine Gattin ergreift, da ihr Ver-
hältnis mit Parnell kein Geheimniß war und in den Couloirs
des Unterhauses sowie in Gesellschaften oft von sich reden
machte. Madame D'Esca ist die Tochter eines schottischen
und Schweizer des aus dem Jura stammend, ein berühmter
General Sir Colin Wood. Aus ihrer fast 22jährigen
Ehe mit Capt. D'Esca (der früher im 15. Juharenregiment
diente) entstammen 6 Kinder. D'Esca, der von 1880-1888
Galway im Hause der Gemeinen vertrat, verbannte seinen
Eintritt in das Parlament gänzlich der Freundschaft Parnell's.
Er mußte indeß sein Mandat niederlegen, als er sich den
Gegnern der Home-Rule-Verträge Gladstone's anschloß. Was
D'Esca bezogen haben muß, erst jetzt eine Ehegerichtsverhandlung
gegen seine Gattin angreift, nachdem er deren standes-
gemäßes Verhältnis mit Parnell jahrelang geübt hatte, ersucht
rathlos. Das sensationelle Ereignis ist nicht ohne politische
Bedeutung. Sollte Parnell des Eberfeld schuldig befunden
werden, so würde er, wie einst Sir Charles Dille in einem
ähnlichen Falle, wahrscheinlich gezwungen sein, vom politischen
Leben zurückzutreten. Sollten vielleicht seine politischen Feinde,
nachdem der Geiz mit den von Parnell geschätzten Briefen
möglichke, hinter D'Esca stehen und versuchen, der politischen
Karriere Parnell's in anderer Weise den Garaus zu
machen.

Die Nachrichten ausländischer Blätter über den Gesundheits-
zustand des Jaren werden an Stellen, die für unterrichtet

gellen können, für übertrieben gehalten. Es wird berichtet, daß er nur an der Influenza mit nicht gefährlicher Komplikation der Lungen leide. Die „Nordde. Allg. Ztg.“ merkt sich gegen die Uebertreibung, die in dieser Beziehung die hiesigen Sensationsblätter bis zu einem Alltags- und Berufsangelegenheit verleiht, und sagt:

„Eine besondere niederträchtige Anfechtung aber, welche diesen Krankenkreis beheimlicht ist, darf wohl bezweifelbar werden. Dementselbst sagt man nicht die Willkür an“, sagt die „Athena“, und noch deutlicher sagt das „Echo de Paris“ hinzu: „Wenn würde, so fragt man sich, der Tod des Herrn nicht? Würde nicht den Denkenden der hiesigen „Protektion“? Würde nicht die transalpinischen Beziehungen samt und sonders von den hiesigen Protektionen so gut wie nichts wissen, sich auch um dieselben nicht kümmern, so muß angenommen werden, daß derartige nichtwürdige Verleumdungen, die mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederkehren, den pariser Wählern von anderer, den parlamentarischen Bestrebungen nachsehender Seite zugeordnet werden.“

In einem Telegramm aus Petersburg vom Dienstag Abend wird ausdrücklich erklärt, daß die auswärtig verbreiteten Gerüchte über Unwohlsein des Kaisers vollkommen unbegründet seien; Sr. Maj. befindet sich außerordentlich wohl. — Durch ein solches veröffentlichtes Geheiß wird der Minister für Volksanweisung ermächtigt, das deutsche Gymnasium in Goldingen (Kurland) binnen drei Jahren zu schließen und die der kurländischen Witterung für das Gymnasium benötigte Regierungssubstanz von 1600 Kubel jährlich von Neujahr 1890 ab zurückzulassen.

Wie aus London berichtet, war Erbprinz Solibury auf seinem Landgut in Hatfield an der Influenza erkrankt. Der Leibarzt Dr. Jenner, war zur Konsultation zugezogen worden. Das Befinden des Patienten bessert sich langsam, doch muß derselbe noch das Zimmer hüten. — Der Bericht des britischen Schatzamtes weist die Einnahmen für das mit dem 31. Dez. schließende Vierteljahr mit 21,577,798 £ auf, gegen 21,266,907 £ in dem entsprechenden Vierteljahr des Vorjahres, und für die mit dem 31. Dez. abschließenden 12 Monate 88,908,565 £ gegen 90,173,418 £ im Jahre 1888. Die Einnahmen aus den Zöllen haben in den 12 Monaten des versch. J. eine Zunahme von 496,000 £ und aus dem Post- und Telegraphen-Betrieb eine solche von 180,000 £, dagegen aus den Steuern eine Abnahme von 1 Million £ und aus den sonstigen Abgaben eine Abnahme von 1,215,000 £ erfahren.

In Serbien waren in den letzten Tagen Gerüchte über eine bevorstehende Ministerkrise verbreitet. Man fürchte dieselben aus Differenzen zurück, welche zwischen der Regierung und der Opposition wegen Rekonstruktion des Staatsrathe entstanden waren, deren Austragung er bis nach den Weihnachtstagen vertagt worden ist. — Der radikale Klub beschloß, auf den Antrag der Regierung, die Beratungen der Schlußfrist bezugs Erledigung der zweiten Lesung des Budgets zu verlängern, einzugehen, da das neue Budget den Staatshaushalt auf eine normale solide Grundlage stelle und eine Verlängerung des alten Budgets daher Störungen hervorbringen könnte. Die Neuabstimmung des Staatsrathe erfolgt nach den Beratungen.

Das serbische amtliche Blatt veröffentlicht eine Verordnung betreffend die Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Bulgarien und England.

Nachdem unterlegen englische nach Bulgarien eingeführte Waaren einem Zoll von 8 Proz. dem Verste; außerdem sind für dieselben eine Gebühr von 1/2 Proz. und die gewöhnlichen Kommissionsgebühren zu entrichten. Für Spiritus, Tabak, Salz, Zucker und andere der Verschmelzung unterworfenen oder ein Monopol bildende Artikel, sind außer den oben erwähnten Zollgebühren noch die betreffenden Spezialgebühren zu zahlen. Nach England eingeführte bulgarische Wollen- und Industrie-Produkte werden wie die Waaren einer meistbegünstigten Nation behandelt. Die Verordnung bleibt bis zum 1. Jan. 1891 in Kraft und falls letzter Zeitpunkt nicht vertritt, schließenden Abtheile bis zum 1. Okt. d. J. Kündigung erfolgt, als bis zum 1. Jan. 1892 verlängert.

Der rumänische Senat nahm die Vorlage betr. das Sekretariatsgesetz für 1890 an. Die Kammer lehnte die Annahmendes der Deposition für der Adresse ab und nahm den ersten Paragraphen des Entwurfes der Majorität an.

Die „Agence de Constantinople“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die auswärtig verbreitete Nachricht, die Fortze habe an die Mächte ein Rundschreiben in betreff der bulgarischen Anleihe gerichtet oder beabsichtige irgend welche begünstigende Schritte zu thun, durchaus unrichtig ist.

Wir berichten kürzlich aus Paris, daß Frau de Bonnemain, die Freundin Bonlangers, eine Erbin ist von vielen Millionen Francs gemacht habe. Jetzt erzieht sich, daß sie sich nur um eine Million handelt, und auch diese hat die Erbin, eine alte Tante, so sicher gestellt, daß Frau de Bonnemain, die wenig häuslicher sein soll, nur die Fünfen davon erhält, immerhin genug, um auf Jersey und auch anderwärts recht anständig leben zu können. Frau de Bonnemain ist von ihrem Gatten geschieden; jetzt will ihr dieser auch noch gerichtlich verboten lassen, fernerhin seinen Namen zu führen.

Infolge der fortgesetzten Interpellationen in der griechischen Kammer wird das Budget nicht vor Neujahr a. St. votirt werden. Der Regierung sind 2 provisorische Budgetstellen bewilligt.

Vom Streik der belgischen Kohlengrubenarbeiter berichtet man aus Mons: Am Dienstag Abend wurden Plakate verbreitet, in denen die Grubenarbeiter aufgerufen werden, eine Lohnerbhöhung von 15 Proz. mit einem Mindestbetrage von 4 Frs. 50 Cts. den Tag und 9 stündige Arbeitszeit zu verlangen.

Auf den Streit zwischen England und Portugal wird die bevorstehende Rückkehr des Majors Serpa Pinto nach Europa jedenfalls von klärendem und beruhigendem Einfluß sein. In amtlichen englischen Kreisen wird mit Verwunderung bemerkt, wie portugiesische Regierung sei durch die Krankheit Serpa Pinto's in der Lage, den ersten Punkt der Forderungen Salazar's, nämlich die Überlegung des Majors, anzunehmen. Der Major komme nach Lisbon und werde nicht mehr nach Mozambique zurückkehren.

In der Türkei ist durch ein kaiserliches Erbe das Gesetz wegen des Schwanenhandels genehmigt worden.

Der brasilianische Gesandte in Washington, Senor Balanta, hat vom brasilianischen Finanzminister ein Telegramm empfangen, welches erklärt, warum die Civilliste Dom Pedro's

von der neuen Regierung annullirt wurde. Die Deputirte sagt:

„Die provisorische Regierung hielt die Civilliste aufrecht als eine Sanction dieser Verfassung, die in irgend einer anderen Revolution überholt ist und fügte derselben eine Substanz von 500,000 £ hinzu. Der Kaiser nahm hier beides an, aber nach seiner Ankunft in Europa wies er auf den Platz seiner ungeliebten Nachfolger, welche den Platz der Monarchie herbeiführten, die Civilliste als eine revolutionäre Sanction zurück, indem er die Civilliste als ein auf das Gesetz basirtes Recht an. In Anbetracht dieser Verletzung der Legitimität der Revolution, welche das ganze Land sanftmüthig hatte, war unsere Maßregel in der Aufhebung der Civilliste und Substanz bloß eine Sanction der allgemeinen Verfassung. Diese Maßregel hat hier allgemeine Billigung gefunden.“

Der in Washington zusammengetretene Kongreß der S.-U.-St. hat am 31. Dez. die Arbeiten beendigt und sich auf unbestimmte Zeit verlagert.

Nach neueren Nachrichten aus der mittelamerikanischen Republik San Salvador ist dort eine aufständische Bewegung gegen die Regierung entstanden, der jedoch nur geringe Bedeutung beigelegt wird. Die Aufständischen besaßen sich auf dem Hügel und wurden von den Truppen verfolgt.

Kleinere telegraphische Mittheilungen.

* Wien, 31. Dez. Die amtliche Wiener Ztg. veröffentlicht die bereits gemeldeten Ausstellungen der Minister. — Der Kaiser hat eine K. K. K. Befehl für die verstorbenen Kaiserin von Brasilien angeordnet.

* Warschau, 31. Dez. Der neuernannte sächsische Gesandte Mahmud Nedim überreichte gestern dem Regenten sein Beglaubigungsschreiben.

Deutsches Reich.

** Berlin, 1. Jan. Heute vormittag 11 Uhr fand Gottesdienst in der Schlosskapelle statt, welchem die kaiserlichen Prinzen und Prinzessinnen, sowie die Hofkapellen, General-Adjutanten, das diplomatische Corps etc. beiwohnten. Dann fand große Festlocution im Weißen Saale statt. Nach der großen Gratulationscour empfang der Kaiser noch besonders die hier beurlaubten Vorkämpfer im Marineklub des Schloßes. Danach wurden die beiden von der Kaiserin empfangen. Die Kaiserin begab sich bei der Waisentochter nach ihren Kindern zur Beglückwünschung bei der Kaiserin Augusta und den Großherzoglichen Waisentochtern. Sodann ließ der Kaiser zur großen Parole-Ausgabe im Lichtloche des Zeughauses, woselbst eine kurze Ansprache der kommandierenden Generale sämtlicher Armeekorps erfolgte. Die große Parole-Ausgabe erfolgte hier demselben besonders feierlich, da der oberste Kriegsherr, der Kaiser und König derselben bewohnte. Derselbe erschien in Begleitung eines Jägeradjutanten in offiziellem Wagen, von der Spaltheilwände Menge freudig begrüßt, kurz vor 1 1/2 Uhr vor dem Portal des Zeughauses. Das letzte „Parole-Loch, prima Janua 1789“ enthält folgenden ersten Parolebeleg: Den 1. Januar 1789. Schwebelin. Sr. Maj. lassen alle Herren Offiziere zum neuen Jahre gratuliren, und hoffen von ihrem Fleiß und Muthemacht, daß sie ferner so fortführen werden.“ Vereingete Parolebelegte sind aber schon seit dem Jahre 1790 vorhanden. Die Parolebelegte lautet: Den 1. Jan. 1789. Schwebelin. Ihre Majestät der König lassen allen guten Herren Offizieren vielmals zum neuen Jahre gratuliren und wünschen, daß sich die übrigen so betragen, daß Sie künftig ihnen auch gratuliren können.“ Ein anderer vom 31.12.1781 lautet: Ihre Majestät der König lassen alle Herren Offiziere zum neuen Jahre gratuliren und wünschen, daß sie ferner so fortführen werden.“ Derselbe lautet: Den 1. Jan. 1789. Schwebelin. Ihre Majestät der König lassen allen guten Herren Offizieren vielmals zum neuen Jahre gratuliren und wünschen, daß sie ferner so fortführen werden.“

Am Montag Abend haben die Majestäten im königl. Schloß in a. den gegenwärtig in Berlin weilenden Militärbevollmächtigten für die deutschen Völkern in Paris, Sr. Maj. die Erlaubnis gegeben, die Militärbevollmächtigten für die deutschen Völkern in Wien, Major v. Detn etc., und der Militärbevollmächtigten bei der deutschen Völkern in Rom, Major v. Engelrecht, welche beide mit Einladungen zur feierlichen Frühstücksstunde beehrt wurden. Wie der Westz. Ztg. aus Prag berichtet, wird sich nach der Rückkehr der Kaiserin nach Prag, die Kaiserin Augusta interniren, um wieder eine etwa einstündige Besuchsfahrt nach dem Thiergarten. — Der Großherzog von Baden ist von seiner Erkrankung zwar wieder hergestellt, muß sich jedoch noch einige Schonung aussetzen und darf das Zimmer nicht verlassen. Die Frau Großherzogin von Baden ist ebenfalls noch nicht von ihrer letzten Erkrankung gelitten hatte, ist von derselben vollständig wieder hergestellt. — Von der Kaiserin Friedrich ist aus Weipol der Kaufmannschaft folgendes Dankschreiben ausgegangen:

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin haben Mir zu Meinem diesjährigen Geburtstage und zur Vermeidung Meiner Tochter, der Prinzessin Sophie, mit dem Kronprinzen von Griechenland in freundlicher Weise Ihre Glückwünsche dargebracht und Mir damit ein neues Zeichen ihrer alterwährenden Anhänglichkeit gegeben. Ihnen darf Meinem herzlichsten Dank auszusprechen, ist Mir ein aufrichtiges Bedürfnis.
Kassel, 24. Dez. 1889.

Vittoria.

— Prinz Albrecht von Preußen wird als Ehrenmitglied des Johanniter-Ordens am Freitag den 24. d. 11 Uhr in seinem hiesigen Palais ein Kapitel des Johanniter-Ordens abhalten.

— Am Paule I. W. soll voranschließlich nach Rückkehr des Fürsten Bismarck, ein Konrath unter Vorbehalt des Kaisers stattfinden.

Der Kaiser hat, scheinbar Vernehmen nach, die Absicht ausgesprochen, den Landtag in Person zu eröffnen.

Bei dem geschäftsführenden Ausschusse des deutschen Emin Pascha-Comité ist, wie schon erwähnt, ein Bericht des Dr. Peters eingegangen, der bis zum 8. Oktober reicht.

Danach hatte Peters seinen Bericht aus der Landchaft Subasini am Tana aufwärts bis Mafsa ohne besondere Schwierigkeiten fortgesetzt. Hinter Mafsa aber mußte eine unbedeutende wasserlose Stehle durchwandert werden, was nur mit der größten Anstrengung gelang. Hierbei folgte Dr. Peters den Spuren einer englischen Expedition, welche denselben Weg kurze Zeit zuvor

eingeschlagen hatte. Die Expedition selbst traf Peters nicht, sie war von Somali's getrennt und ihr Führer, ein Mr. Smith, den Ausläsger der Eingeborenen zufolge, nach Umba geschoben, wo nach Umba zurückkehrten. Der Bericht über die Stehle dauerte vom 16. bis 21. September. An diesem Tage langte die deutsche Expedition in Dda-Galla an, dem ersten bewohnten Ort im Galla-Gebirge am oberen Tana, das nach dem Bericht des Dr. Peters in seiner Heimatlichkeit nicht den Namen Korkoro, wie auf der Karte des Emin Pascha angegeben ist, sondern den Namen „Dda-Dduu-Dduu“ führt. In dieser Landschaft, eine deutsche Welle hinter Dda-Galla — zwei Tagemärsche vom Somme am Tana entfernt — liegt Peters eine Station an, indem er ein Haus erbaut, welches er nach seinem Freunde von der Stadt, dem Schloßmeister des Komites, „von der Stadt-Dduu“ nannte. Hier befand sich die Expedition in einer fruchtbaren Gegend und Dr. Peters schloß den ersten, am 28. Sept. geschriebenen Bericht mit dem Ausdruck der Befriedigung über die Lage und die Aussichten der Expedition. Er hoffte bald nach dem Krongebirge aufzubrechen zu können, um von dort nach dem Maringobe und weiter ins Gebiet von Emin Pascha zu marchiren. Die Expedition ist dann eine Nachschrift d. d. von der Stadt-Dduu, den 8. Oktober“ beigefügt, aus welcher hervorgeht, daß die Ruhe und Sicherheit, denen sich die Expedition in der neuangelegten Station erfreut hatte, nicht von langer Dauer war. Mit dem Galla-Prinzen Galla hatte Peters einen für die Expedition vorteilhaften Vertrag abgeschlossen, der aber die Unzufriedenheit der Großen der Bagalla erregte. Es kam zum Streit, als Peters eine Anzahl Soldaten, welche von den Bagalla gelehrt und zu Etappen gebracht waren, in seinen Schutz und unter die Aufsicht eines Trägers aufnahm. Am 6. Okt. fand ein kurzes Gefecht statt. Peters, der seinen Zenten vorher ausdrücklich verboten hatte zu schießen, wurde angegriffen und durch Nothwehr gezwungen, fliehen zu lassen. Es gab auf Seiten der Bagalla Tödt und Verwundete. Unter letzteren befand sich der Galla-Prinze, die Bagalla flohen, Peters blieb bei dem Klage. Er führte dann in sein Lager zurück und fand im Begriffe, Verwundungen anzusehen, um auch gegen die Somali's, die von Osten kommen konnten, geschützt zu sein. Am Schluß der Nachschrift vom 8. Okt. meldet Dr. Peters, daß er am 28. Dezember seit einigen Tagen erkrankt sei, sich aber auf dem Wege der Besserung befinde.

Der kürzlich erwähnte Araberchef Bwana Heri (auch Bwana Heri), der mit 6000 Streitern zu einem Angriff auf die Deutschen bei Bangang gerüstet sein soll, ist, wie aus dem letzten Bericht über Ostafrika ersichtlich (Bericht Wissmann's von Bangang vom 15. Juni 1889), der frühere Herr von Saabani, dessen Hofstaat bei der „Erberung“ dieses Landes am 6. Juni angegriffen wurde, und auf dessen Verlangen sich der größere Theil der dortigen Aufständischen schloß. Er war der letzte Anführer der Kriegsheer gegen die Deutschen, ist aber ein ehemaliger Beauftragter des Sultans von Sansibar. Man weiß es dem Einfluß Bwana Heri's, daß der Saabani sich wiederholt auflebte und befohlen werden mußte. Außer in jenem Wissmann'schen Bericht vom Juni v. J. findet sich der Name Bwana Heri's in der amtlichen Darstellung über den Aufstand nirgend erwähnt, es scheint also, daß das Verhältniß Wissmann's ihm zu der Bedeutung gebracht hat, die er als Chef des Aufstandes den neueren Meldungen zufolge jetzt genießt.

Das Allgemeine Kartell ist nun auch in Medienburg aus den Bürgen gegangen. Der national-liberale Parteivorstand für Medienburg hat das Anerbieten der Konföderation zur Gründung eines Kartellbundes für Bayern beschieden. In Medienburg-Schweinfurt war am 1887 ein Kartell nicht zustande gekommen. Auch im sächsischen Wahlkreis Hirschberg-Schönbau ist das Kartell gescheitert. Wie aus Hirschberg berichtet wird, haben die Unterabteilungen der Kartellparteien im dortigen Wahlkreise zu keinem Resultate geführt. Die vereinigten Konföderationen werden deshalb in einer demnächst einzuberufenden Versammlung ihrer Vertrauensmänner einen eigenen Kandidaten aufstellen und ebenso die National-liberalen.

Die „St. Post. Ztg.“ theilt als zuverlässig mit, im nächsten Jahre werde ein internationaler Vergarbeiterkongreß in der Nähe von Berlin stattfinden. Die Anregung dazu lei von dem Londoner Vorstand der vereinigten englischen Grubenarbeiter ausgegangen.

* Dr. Sammacher, der in den letzten Wochen erkrankt darnieder lag, mußte, dem Gebote der Ärzte folgend, zur Erholung auf längere Zeit nach dem Süden gehen, inwieweit auf seine Erholung in der nächsten und weiteren Zukunft zu rechnen parlamentarischen Verhandlungen und bei der Ausdehnung der im rheinisch-westfälischen Bergrevier noch immer vorhandener Schwierigkeiten leider verzichtet werden muß.

* Nach den Erhebungen über den Umfang der Sachengänge während des nunmehr abgelaufenen Jahres haben 20,631 landliche Arbeiter überhaupt als Bergwerksbesitzer Doppelverhältnisse in den mittleren und westlichen Bundesländern gehabt. Dessen treten, wie die „Schef. Ztg.“ ferner berichtet, aus dem Kreis Kattolb nach 1885 hinaus, welche zu gleichem Zwecke nach Ostpreußen und Ausland gegangen sind, wie beim anderenfalls unter den vorangeführten 20,631 Arbeitern sich auch mehr als minder große Grundbesitze von solchen aus dem Grenzrevier Hirschberg und Neudorf befinden. Die im Sommer in dem benachbarten Ostpreußen Arbeit gehabt haben. Den größten Theil seitens der eigentlichen Sachengänger haben die Kreise Kreuzburg (1265), Koblentz (3148) und Oppeln (5725) gehabt. Von den 20,631 weggenommenen Arbeitern waren 11,153 männlich, 9506 weiblich; verheiratet waren im ganzen 4901, unter den männlichen Sachengängern befanden sich 827 verheiratete. Wegen Fortgang des Familienbesitzes mußte in 58 Fällen die öffentliche Armenpflege in Anspruch genommen werden.

** Dresden, 1. Jan. Die Königin konnte wegen Unfähigkeit an der heutigen Gratulationscour nicht teilnehmen.

** Berlin, 1. Jan. E. M. Kreuzerforbete „Frene“, Kommandant Kapitän zur See Prinz Heinrich von Preußen, ist geteilt in Port Said angekommen und beabsichtigt am 18. Jan. wieder in See zu gehen.

Universitäts-Nachrichten.

* Leipzig, 30. Dez. Der Professor der Zoologie Dr. Nuhl in Kopenhagen ist nunmehr an die Universität Leipzig berufen worden.

** Münster, 30. Dez. Die von der hiesigen Akademie gewünschte Einführung einer juristischen Fakultät ist vom Kultusministerium abgelehnt worden.

* Jülich, 30. Dez. Als Nachfolger Althaus's auf dem ordentlichen Lehrstuhl für Staatsrecht und Strafrecht an hiesiger Universität hat die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät den Oberlehrer Dr. Richter hier und den Privatdozenten Dr. Otto Friedrichmann in Wien der Regierung des Königs vorgeschlagen.

Wissenschaft. Kunst. Literatur.

— Den Wüchener Morgenblättern zufolge wurde Herr Sabitz, der Dozent der Wüchener Polytechnischen in Wien

